

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Ernt- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Belegpreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegen Zahlung in der Höhe von 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen 2 M. 50 Pf. mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie weitere Abgaben und Gebühren werden separat berechnet. Im Falle höherer Steuern, Abgaben oder sonstiger Veränderungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Belegpreises.



Abonnementpreis 2 M. für die 6 wöchentliche Ausgabe oder deren Raum, halbjährlich 10 M., jährlich 20 M. Bei Geschäftsabnahme und Jahresabrechnung entsprechend. Zeitungsabnahme im wöchentlichen Teil über den Belegpreis bis 2 wöchentliche Ausgaben 2 M. Nachmittags-Beleg 20 Pf. Geschäftsabnahme bis zum 1. März 1922. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Abrechnung übernehme wir keine Haftung. Jeder Abnahmepreis enthält, wenn der Zeitung durch Abgabe eingezogen werden muß, über der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rößsen.

Verleger und Druck: Wilhelm Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpffig, für den Inserenten: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 35

Freitag den 10. Februar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Die Anmeldung derjenigen Kinder, welche Ostern 1923 konfirmiert werden sollen, zur Teilnahme am Konfirmantenunterricht hat durch die Eltern und Erziehungsberechtigten bis zum 20. Februar d. J. auf dem Pfarramt zu erfolgen.

Wilsdruff, am 6. Februar 1922. Das ev.-luth. Pfarramt.

Gemeinschaftliche Holzversteigerung
auf Naundorfer und Grillsburger Staatsforstrevier. Im Gasthaus „Zum Sachsenhof“ in Klingenberg, Dienstag den 14. Februar 1922, 10 Uhr.

1. Naundorfer Revier: 1727 w. Stämme 10/30 u. m. cm, 153 w. u. 4 h. Röße 8/27 cm, 395 w. Verbstangen u. 850 w. Reisklängen: Schlaghölzer in Abt. 6, 7 u. 16 Abfäumung in Abt. 28, 29, 42, 45 und 46, Brüche in Abt. 31 u. 38 u. Durchforstung in Abt. 4.
2. Grillsburger Revier: 36 h. u. 1394 w. Stämme 16/30 u. m. cm, 69 harte u. 1272 w. Röße 8/30 u. m. cm, 985 w. Verbstangen und 3420 Reisklängen: Kahl u. Plenterschläge in Abt. 39, 43 u. 63, Durchforstungen in Abt. 8, 9, 12-14, 29, 41 u. 59 sowie Einzelhölzer in Abt. 49, 50, 51, 56, 57, 62 u. 63.

Forstrevierverwaltungen Naundorf, Grillsburg und Forstrentamt Tharandt, am 6. Februar 1922.

Berschiebung der Genauer Konferenz.

Französische Bestrebungen.

Paris, 8. Febr. Wie Petit Parisien offiziell mitteilt, hat die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz in Genua angedeutet, die Konferenz um mindestens drei Monate zu verschieben und diese Zeit für die unerlässlichen Vorbereitungen zu benutzen. Aus London wird hierzu berichtet, daß das Gerücht über Verschiebung der Konferenz von Genua nicht von Italien ausgegangen sei und daß man auch in Londoner Kreisen davon festhalte, das einmal vorgesehene Datum innezuhalten.

Paris, 8. Febr. Wie der Petit Parisien offiziell mitteilt, hat die französische Regierung in der Note an die englische Regierung über die Konferenz von Genua darauf hingewiesen, daß sie sechs Monate Vorbereitungen erfordere. Die französische Regierung drückt daher die Befürchtung aus, die Konferenz müsse unfruchtbar bleiben, wenn so verwickelte ungeheure Fragen diesem unvorberichtet in Angriff genommen würden. Die Note rät deshalb an, die Konferenz von Genua um wenigstens drei Monate zu verschieben und diese Zeit dazu zu benutzen, diese unerlässlichen Vorbereitungen zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keines der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag erhalten habe, angefaßt werde, ebenso wenig wie die Friedensverträge, die die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien. Diese Bedenken müßten die Konferenz von Genua verhindern, die Reparationsfrage zu behandeln. Schließlich soll in der Note gesagt worden sein, daß die alliierten Mächte das Recht zur Intervention haben müßten, wenn die Wiederherstellung einer militärischen Monarchie in Deutschland oder Ungarn erfolge. Der zuletzt genannte Punkt interessierte besonders die Kleine Entente.

Pariser Deeresdebatte.

Paris, 8. Febr. Die vereinigten Kammerausschüsse der Finanzen und des Deeres beschäftigten sich gestern nachmittags in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Finanz- und des Kriegsministers mit dem Militärdienstpflichtgesetz. Poincaré sprach namens der Regierung und führte aus: Die Regierung lebe die 18monatige Dienstzeit nur als Etappe zur einjährigen Dienstpflicht an. Die Kredite für das Deere dürften nicht erhöht werden, damit die Ausgaben nicht als Beweis des Imperialismus bezeichnet werden könnten. Wir sind gezwungenermaßen, sagte Poincaré, eine Militärmacht, solange Deutschland noch nicht wirklich entwaffnet ist. Aber wir sind keine militärische Macht. Wir vergeuden kein unnützes Geld fürs Deere. Wir dürfen auch nicht den Eindruck eines Landes erwecken, das seine Militärlasten erhöht. Die Kredite für 1923 dürfen nicht höher als die für 1922 sein.

Die Ausschüsse erklärten sich mit den Ausführungen Poincarés einverstanden. Die Diskussion des Gesetzes soll baldmöglichst im Parlament erfolgen, dem das Recht zugestanden wird, es mit einem Amendement zu versehen. Auf eine Anfrage erklärte Poincaré, Frankreich müsse in der Lage sein, sich Respekt zu verschaffen, damit es sicher sei, respektiert zu werden. Nach dem Petit Parisien erklärte er ferner, er habe weder den Wunsch noch die Absicht, seine Zuflucht zu Sanktionen zu nehmen. Aber es dürfe nicht vergessen werden, daß gewisse Artikel des Friedensvertrages Frankreich dieses Recht zur Sicherstellung seiner Rechte und Interessen zuerkennen.

Fortdauer des Berliner Gemeindegewerksstreiks.

Berlin, 8. Febr. Der städtische Streik in Berlin wird entgegen allen Erwartungen nicht abgebrochen, sondern weitergeführt. Von der Abstimmung, die heute vormittag stattfand, liegen bis jetzt 85 v. D. des Stimmeregebnisses vor. Zwei Drittel der Stimmen sind für Fortsetzung des Streiks abgegeben worden, so daß der Rest der Stimmen am Resultat nichts mehr ändern kann. Der Streik geht also weiter. Der Berliner Magistrat beabsichtigt bekanntlich, die durch den Streik freigewordenen Stellen durch Arbeitslose zu ersetzen. Der Berliner Arbeitsnachweis kann, wie das V. L. erzählt, einer solchen Anforderung durchaus genügen. Die Entscheidung über diese Frage ist jedoch hinausgeschoben worden und man will endgültige Dispositionen erst dann treffen, wenn das Endergebnis der heutigen Abstimmung vorliegt. Wer sich von den Arbeitslosen weigern würde, Arbeit in den städtischen Betrieben aufzunehmen, verliert die Erwerbslosen-Unterstützung. In führenden Arbeiterkreisen

besteht übrigens die Ansicht, daß trotz des Ergebnisses der Abstimmung die Arbeit in den Berliner Betrieben binnen kurzem wieder aufgenommen werden dürfte.

Die Post. Ztg. erzählt hierzu, daß bereits dauernd Neueinstellungen von Arbeitern stattfinden. Die ehemaligen Arbeiter,

die sich im Laufe des heutigen oder morgigen Tages melden, würden also nur eingestellt werden können, soweit dann noch Arbeitsstellen frei sind. Auch das Berliner Straßenbahnpersonal soll entlassen werden, soweit es den Dienst nicht wieder aufgenommen hat.

Die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Zum Streik-Ende.

Berlin, 8. Febr. Die Aktionskommission der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter ist heute morgen zusammengetreten und hat entsprechend den gestern beim Reichskanzler abgegebenen Erklärungen seinen sämtlichen Bezirksverbänden telegraphisch und telephonisch mitgeteilt: „Streik abgebrochen! Sofort geschlossen in die Betriebe zurückkehren!“ Der Aktionskommission hat erklärt, daß seiner Aufforderung zweifellos überall sofort entsprochen werden würde. Wenn die ersten Maschinen in Betrieb gesetzt werden können, kann der Aktionskommission nicht sagen; er nimmt aber an, daß es schon nachmittags geschehen kann. Der Aktionskommission erklärte weiter, daß er den Abbruch des Streiks in der besten Vorausicht angeordnet habe, daß der Reichskanzler auch die den Beamten gemachten Versprechungen voll einlösen werde.

Parteien und Regierung.

Berlin, 8. Febr. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst hört, hat die Reichsgewerkschaft heute nochmals eine Delegation zum Reichskanzler geschickt, die noch weitere Auskünfte über die Absicht der Regierung in einzelnen Fragen einholen will.

Die meisten Reichstagsfraktionen treten heute vormittag zu Sitzungen zusammen, um zum Eisenbahnstreik und zu den etwaigen disziplinarischen Folgen Stellung zu nehmen. Die Deutsche Volkspartei verurteilt das Verhalten der Reichsregierung und wird, wie die D. A. Z. aus parlamentarischen Kreisen hört, dagegen in der morgigen Reichstagsitzung entschieden Stellung nehmen. Sowohl aus politischen Gründen als auch, weil sie in dem Verhalten der Regierung eine Verletzung des Disziplinarrechts erblickt.

Sehr lebhaft ging es auch in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu, wo die Erörterung über die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar teilweise sehr hitzig verlief.

Aber auch in Gewerkschaftskreisen des Zentrums ist man mit dem Verhalten des Reichskanzlers im Eisenbahnstreik durchaus nicht einverstanden.

Pressestimmen.

Berlin, 8. Febr. Zum Ende des Eisenbahnstreiks erörtern die Berliner Blätter im wesentlichen die Frage, ob die Art und Weise der Beilegung des Streiks für die Regierung einen Sieg oder eine Niederlage bedeute. Der „Lok.-Anz.“ sagt dazu: „Dr. Wirth, der Kanzler der Erfüllung, hat sich in dieser seiner Eigenschaft auch dem ersten deutschen Beamtenstreik gegenüber bestens bewährt. Die Reichsregierung hat nachgegeben und der Reichskanzler hat wieder ein Ultimatum erfüllt, ein Ultimatum, das ihm nicht in London, Paris oder Spa überreicht worden war, sondern das seine eigenen Arbeitnehmer ihm in seinem eigenen Amtshaus gestellt haben.“

Die „Täg. Rundschau“ meint: „In sechs Wochen werden wir zwar nicht denselben, aber einen viel schlimmeren Beamtenstreik haben, wenn die alles entscheidende Frage der Disziplinierung der Schuldigen so gelöst wird, daß ihre Lösung einen unzweifelhaften Sieg des Staatsgedankens bedeutet. Alles andere würde eine reine Niederlage der Regierung sein.“

Die Post. Ztg. nimmt einen wesentlich anderen Standpunkt ein, indem sie sagt, die Milde, zu der man sich diesmal entschlossen hat und der nach diesem ersten Beamtenstreik auch die Allgemeinheit zustimmen kann, wäre allerdings bei einer Wiederholung des Streiks auch für die Gefährten nicht mehr möglich und sie darf auch jetzt unter keinen Umständen denen zugutekommen, die den Streik angezettelt und geführt haben, sowie denen, die mit seiner Ausführung eine besondere Brutalität gegen ihre Mitmenschen bewiesen haben.

Die „Freiheit“ erklärt, der Streik sei nicht deswegen beendet worden, weil den Eisenbahnern bindende Zugeständnisse gemacht worden sind, sondern nur auf das Versprechen der Regierung, in Verhandlungen über die sachlichen Streitpunkte ein-

zutreten. Dieses Versprechen habe die Regierung nunmehr sofort zu erfüllen.

Die Wiederaufnahme.

Berlin, 9. Febr. (tu.) Der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin gibt bekannt, daß die Wiederaufnahme des Dienstes bis Donnerstag, den 9. d. M., verlangt worden ist. Berlin, 8. Febr. Zum Ende des Eisenbahnstreiks berichtet der Lokalanzeiger, daß selbst beim Erscheinen der vollen Belegschaft an eine regelrechte Betriebsaufnahme vor Sonnabend nicht zu denken sei. Der Berliner Fernverkehr zeigt auf allen Strecken tatkräftige Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Zugbetriebes. Vom Anhalter Bahnhof aus soll der Schnellzugdienst morgen früh aufgenommen werden. Man rechnet damit, daß Freitag der Zugbetrieb ziemlich regelmäßig sein wird.

Breslau, 8. Febr. Soweit sich jetzt überlegen läßt, wird infolge der Beendigung des Streiks mit der geregelten Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs für morgen gerechnet.

Frankfurt a. M., 8. Febr. Die gestern abend bekanntgewordene Nachricht über die Beendigung des Eisenbahnstreiks ist noch allen Ämtern im Bezirk mitgeteilt worden. Das Personal trat auch tatsächlich zum Teil seinen Dienst wieder an. Der harte Frost und der Schnee sind aber nicht spurlos an den Eisenbahnanlagen vorübergegangen. Es ist daher nicht möglich, vor Ende der Woche den Verkehr wieder ordnungsgemäß in Gang zu bringen.

Karlsruhe, 9. Febr. (tu.) Nachdem die Beilegung des Eisenbahnstreiks beschlossen ist, wird der Personen- und Güterverkehr im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden.

Die Lage in Dresden.

Am 8. Febr., abends. Auf dem Hauptbahnhof mehrten sich die Anzeichen des wiedererwachenden Verkehrs. In der Ruppelhalle zeigt sich schon wieder das altgewohnte Bild: hastende Reisende und Gepäckträger. Die Fahrkartenschalter sind erteilt. Auch die Bahnsteige sind wieder in das helle Licht der Bogenlampen gerückt. Der Verkehr ist aufgenommen worden. Die Bahnhofsverwaltung hat das Bestreben, den Zugverkehr in möglichst großem Umfang aufzunehmen. Selbstverständlich wird dieser Verkehr immer noch lückenhaft bleiben müssen, was einesteils darauf zurückzuführen ist, daß die Güterbahnhöfe vorerst geräumt werden müssen, andererseits sind auch einige Lokomotiven durch die eingetretene Kälte schadhast geworden. Das Lokomotivpersonal hat sich bereits zum Dienst gemeldet.

Die Aufnahme der Einigung bei den Streikenden.

Effen, 9. Febr. (tu.) In einer gestern abend hier abgehaltenen Versammlung der Staats- und Kommunalbeamten, zu meist Mitglieder der Reichsgewerkschaft, teilte der Bezirksvorstand mit, daß der Streik beendet sei und fordert die Streikenden auf, den Dienst unverzüglich wieder aufzunehmen. Große Erregung herrschte darüber, daß die Reichsregierung die Forderung der Reichsgewerkschaft, von Maßregelungen Abstand zu nehmen, nicht entsprochen, sondern sich Maßregelungen selbst vorbehalten habe. Wenn auch nur ein Mann gemahregelt werde, so sei man entschlossen, wieder in den Streik zu treten. Der Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärte, daß auch die Postbeamten nicht eine Maßregelung zulasse und gegebenenfalls mit den Eisenbahnern in den Streik treten würde. Ein Vertreter der Ortsgruppe des Beamtenbundes und ein Vertreter der Kommunalbeamten erklärten ihre Solidarität mit den Eisenbahnern. Eine Kommission wurde sodann zum Eisenbahndirektionspräsidenten geschickt, um ihm zu erklären, daß man Maßregelungen unter keinen Umständen zulassen werde. Der Direktionspräsident sicherte zu, daß bei Maßregelungen nicht mit drakonischer Strenge vorgegangen werden solle. Maßgebend seien im übrigen die Richtlinien der Regierung. Bei dieser Erklärung blieb der Präsident auch, als vom Berichterstatter der Kommission die Drohung ausgesprochen wurde, daß im Falle der Ablehnung